

## Die Transformation der Wirtschaft in Tschechien und ihre Schattenseiten: Privatisierung, „Untertunnelung“ und Korruption

Die tschechische Sprache hat den internationalen Wortschatz nicht mit vielen Wörtern bereichert. *ROBOT* und *SEMTEX* kennt fast jedes Kind. Leider kam in letzter Zeit noch ein weiteres Wort dazu: „tunneling“ bzw. auf deutsch „Untertunnelung“. Damit ist der „legale Raub“ von Geldern aus Finanzinstitutionen wie z. B. Banken oder Investment-Fonds gemeint.

Die gesamte Konzeption einer schnellen und rigorosen Wirtschaftsreform in der Tschechoslowakei bzw. in Tschechien – als untrennbarer Bestandteil der Systemtransformation – wurde von tschechischen konservativen Ökonomen entwickelt und im Sinne der neoliberalen Wirtschaftstheorie durchgesetzt. Diese Strategie wurde personifiziert und in vielen wichtigen Momenten vor allem durch die Persönlichkeit von Václav Klaus geprägt, der von Dezember 1989 bis Juni 1992 Finanzminister der ČSFR und von Juni 1992 bis Ende November 1997 Premierminister der tschechischen Regierung war.

### Die komplizierte Ganzheit der Transformation

Transformation, exakter gesagt *Transition*, stellt einen sehr komplexen Prozeß dar, in dem viele Schritte fast zeitgleich realisiert werden, wenn alles in Bewegung geraten ist. Auch in der ČSFR bzw. später in Tschechien wollte man alles so „schnell wie möglich“ durchführen, was den neoliberalen Konzepten entsprach. Dennoch trifft die Vereinfachung kaum zu, daß es sich in Tschechien bloß um eine „Schock-Therapie“ gehandelt habe wie in Polen oder in Rußland.

Der Prozeß der Umgestaltung der Gesetzgebung war sehr kompliziert. Manchmal entschied „der politische Wille“ (Petr Čermák<sup>1</sup>) im tschechischen Parlament mehr als die Kompetenz. Viele Gesetze sind in Windeseile verabschiedet worden, obwohl sie noch sehr „unreif“ waren. Eine ganze Reihe von wichtigen Gesetzen, die den legislativen Rahmen der ökonomischen Transformation gestalten, hatte problematische Schwachstellen. Dies trifft auch für die Gesetze über die Privatisierung zu.

Selbst der ehemalige Vorsitzende des Abgeordnetenhauses des Tschechischen Parlaments, Milan Uhde<sup>2</sup>, stellte fast verharmlosend und poetisch fest, daß der Prozeß der Privatisierung durch die Methode „Öffnen der Schleuse“ und „Hereinlassen des wilden Wassers“ realisiert worden sei, die aber dennoch den richtigen Weg aufgezeigt habe.<sup>3</sup> Darauf reagierte sein Opponent, der Vorsitzende der tschechischen sozialdemokratischen Partei, Miloš Zeman, in einer Fernsehdiskussion mit folgenden Worten: „Ja, wildes und schmutziges Wasser, das alles wegspült, auch das, was nicht weggespült werden sollte“. Miloš Zeman charakterisierte im weiteren Verlauf der

Sendung das Vorgehen der Koalitionsregierung mit folgenden Worten: „Erst lasse ich mir eine ganze Reihe Sachen stehlen oder kann sie auf betrügerische Weise erwerben, dann pumpe ich in die Wirtschaft ohne irgendeine Kontrolle meinetwegen auch schmutziges Geld hinein, und wenn die Kuh dem Kuhstall entlaufen ist, mache ich die Tür zu und beginne, diesbezügliche Gesetze zu verabschieden.“ (Právo, 25.3.1996)

### Zur Privatisierung

„Die Privatisierung in der Tschechoslowakei bzw. nach dem 1. Januar 1993 in der Tschechischen Republik basierte auf der Kombination der sogenannten ‘Standard-’ und der ‘Nichtstandard’-Privatisierungsmethode. Wichtige Bestandteile der Privatisierung waren die Restitution von Eigentum an die ursprünglichen Eigentümer bzw. an deren Erben, der Verkauf von Eigentum an einheimische oder ausländische Investoren über öffentliche Versteigerungen oder Makler, der direkte Verkauf an ausgewählte Investoren und die Umgestaltung der großen Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften. Deren Aktien wurden im Rahmen der ‘Kupon-Privatisierung’ verkauft oder unentgeltlich Gemeinden, Pensionsfonds und anderen Subjekten überschrieben.“ (Zpráva, 1997, 45).

Die entscheidenden Gesetze über die Restitution und Privatisierung wurden von der Föderalversammlung der ČSFR in den Jahren 1990 und 1991 verabschiedet. Der Privatisierungsprozeß wurde – im Unterschied zur Mehrheit der ostmitteleuropäischen Länder – mit der Restitution und der sog. „kleinen Privatisierung“ eingeleitet. Die „kleine Privatisierung“ erlaubte, Eigentum bis zum Wert von 300 Millionen Kčs (ca. 16,6 Mio. DM) zu übertragen. Die Privatisierung der großen Staatsbetriebe wurde hauptsächlich gemäß Gesetz Nr. 92/1991 Sb. vom Februar 1991 über die „große Privatisierung“ durchgeführt. Große Staatsbetriebe wurden klassifiziert und die Mehrheit stufenweise in Aktiengesellschaften umgewandelt. Die Privatisierung in der Tschechischen Republik ist sehr schnell abgelaufen. Dies läßt sich am wachsenden Anteil des Privatsektors am BIP ablesen.

Tab. 1: Anteil des Privatsektors am BIP in der Tschechoslowakei bzw. in Tschechien 1990–1996

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Anteil in %	4,0	11,0	19,5	50,4	56,3	63,8	74,7

(Český, 1996)

„Eine ganze Reihe von ernsthaften Problemen und Risiken hängt jedoch mit der Geschwindigkeit und den ange-

wandten Methoden der Privatisierung zusammen. Die 'große Privatisierung' hat in ihrem Anfangsstadium zur 'Entstaatlichung' bzw. Kommerzialisierung der Firmen geführt, konnte aber keine effektiven Strukturen von *property rights* schaffen.“ (Zpráva, 1997, 46). Es scheint verständlich, daß diese Strukturen nur allmählich entstehen können.

Da sich die von neoliberalen Konzepten und Denkweisen geleitete Regierung entschied, die Umstrukturierung der privatisierten Unternehmen den zukünftigen Inhabern zu überlassen, kam es dazu erst mit recht großer Verspätung. In Anbetracht dessen, daß die Regierung in dieser Zeitperiode z.T. darauf verzichtete, ihre *property rights* geltend zu machen, funktionierten die Firmen eine gewisse Zeit ohne tatsächliche und konsequente Inhaberkontrolle.

„Große Unternehmen in Staatseigentum, die in Aktiengesellschaften umgewandelt wurden (Bahn, Gesundheitswesen usw.), verzeichneten enorme Verluste, die der Staat fast nur passiv hingenommen hat.“ (Larischová, 1998, 12) Dieses Moment hat in manchen Fällen auch zur „wilden Privatisierung“, d.h. zur illegalen Überführung von Staats-eigentum in Privathände (Management usw.) geführt.

„Dadurch konnte sich die im Sozialismus vorherrschende Mentalität behaupten: Vetternwirtschaft, geheime Absprachen, 'wilde Privatisierung', Geldwäsche, Mißbrauch der Informationsasymmetrie u. ä. blieben weit verbreitet.“ (Larischová, 1998, 12)

### Kleiner historischer Exkurs

An dieser Stelle möchte ich einen kurzen Exkurs in die Geschichte der 80er Jahre machen, in die im „bürokratischen Sozialismus“ lebende tschechoslowakische Gesellschaft, weil es nützlich ist, ein bißchen ausführlicher über die damals vorherrschende Mentalität zu sprechen. Ich bin der Meinung, daß diese Mentalität gewissermaßen noch heute lebendig ist, wenn auch in anderer Form. Deswegen werde ich die Theorie der „zweiten Gesellschaft“ auch auf die tschechoslowakische Gesellschaft anwenden. Schon in den 70er und 80er Jahren wurden zum Teil relativ extensive private Wirtschaftsaktivitäten auf inoffizieller, individueller und teilweise familiärer Basis toleriert. Sie gehörten zur sog. „Schattenwirtschaft“.

Viele der leitenden Angestellten und Manager, sowohl aus Staats- als auch aus Kommunalbetrieben, waren bemüht, sich zu bereichern, so z.B. in Reparaturwerkstätten für Autos, Radio, Fernsehgeräte und andere elektrische Hausgeräte. Das heißt, hier existierte eine Schattenwirtschaft der Tauschgeschäfte mit knappen und begehrten Gütern und Dienstleistungen, die faktisch ein rudimentäres Element von Marktwirtschaft in die sozialistische Planwirtschaft einführte. Diese Tätigkeit hat manchmal auch untergeordnete Mitarbeiter und „Mikroinstitutionen“ (Familien- und Freundeskreise) miteinbezogen. Viele Familien, die schon die Hoffnung verloren hatten, daß sich ihr materieller und kultureller Lebensstandard auf „offiziellem Weg“ verbessern könnte,

orientierten sich vom offiziellen Leben auf die „Schattenwirtschaft“ um. Es handelte sich hier um „die ungeplanten Strukturen und Prozesse sozialen Handelns sowie die mit ihnen verknüpften und sie bedingenden Erfahrungen und Mentalitäten, die sich als unintendierte, aber notwendige Folge des diktatorischen Konstruktionsprozesses – in einer gewissen Weise reaktiv – entwickelten und sich als informelles Gegenstück in die formellen und formalisierten Strukturen aller gesellschaftlicher Bereiche einschmiegten, diese mittrugen, modifizierten und umprägten und mit ihnen untergingen, bzw. als unzeitgemäße soziale und mentale Überhänge in die postsozialistische Gegenwart ragen.“ (Jessen 1995, 103). Der Autor dieser Charakteristik meint damit die gesellschaftlichen Prozesse in der früheren DDR, doch ich denke, daß es sich hier um eine allgemeinere Charakteristik handelt, die auch für andere Gesellschaften des Spätsozialismus – zumindest in Ostmitteleuropa – zutreffend ist. Ich teile seine Auffassung, daß: „... es (...) eine Verkürzung dieser Dimension (wäre), wenn man mit ihr nur solche Bereiche sozialer Existenz in Verbindung bringen würde, die außerhalb des politischen Konstruktions- und Kontrollzugriffs lagen oder nur wenig durch ihn beeinflusst wurden: Also etwa die halblegalen und illegalen politischen Vereinigungen der 80er Jahre, unpolitische Jugendgruppen mit ihrer Subkultur, Familien-, Verwandtschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen oder die tolerierten 'Nischen' in der Freizeit, die berühmte 'Datschen'- und Schrebergärtenkultur. Wichtiger noch waren die informellen Strukturen und Beziehungsnetzwerke, die *innerhalb* des formellen Sektors angesiedelt waren.“ (Jessen, 1995, 104)<sup>4</sup>

Alle diese Erscheinungen, die in der tschechischen Fachliteratur, so z.B. in der Studie von Ivo Možný (1991), beschrieben worden sind, kann man für Erscheinungen der inoffiziellen, d.h. der nicht makroinstitutionalisierten, „zweiten Gesellschaft“ halten. Možný ist der Meinung, daß: „The lack of macroinstitutionalization was at the microstructural level, where the second society functioned, and was replaced by the development of interpersonal contacts that led to the creation of an extensive social network.“ (Machonin, 1993, 238).

Diese „zweite Gesellschaft“ „verlangte von ihren Angehörigen nicht Geld oder Titel, sondern Beziehungspürsinn; sie zwang (...) zu permanenter Beziehungsarbeit, um das Netzwerk der persönlichen Kontakte (...) zu pflegen“ (Jessen, 1995, 106). Verschiedene Autoren sprechen sogar von der „Herrschaft des sozialen Kapitals“, zumindestens mit Blick auf die Tschechoslowakei, die DDR, Polen und Ungarn (Možný, 1991, 31; Jessen, 1995, 106; Bude, 1993, 127).

Die Existenz der „zweiten Gesellschaft“, obwohl sie in der ČSSR selbstverständlich niemals offiziell anerkannt wurde, ist zentral, um die Herkunft der Akteure der demokratischen Revolution und der postkommunistischen Transformation zu verstehen (wobei der Generationswechsel nicht vergessen werden darf).

Nach den in der Tschechischen Republik veröffentlichten Analysen kann als gesichert gelten: „there were social groups who were prepared to actively participate in the restructuring of the society, as well as numerous other groups prepared to accept the coming changes. However, these empirically existing groups are difficult to define using traditional class or stratification categories“ (Machonin, 1993, 238).

### Investmentfonds

Einige hundert Privatisierungs- und Investment-Fonds bzw. sie verwaltende Investitionsgesellschaften sind gegründet worden, um die Investitionspunkte zu investieren, die sie im Rahmen der „Kuponprivatisierung“ im Namen der individuellen Teilnehmer erworben hatten. Manche, exakter gesagt der wichtigste von diesen Fonds, wurden von Großbanken gegründet.

„Diese Großinstitute selbst wurden zum Teil mittels der Vouchermethode privatisiert, wobei aber der Staat einen entscheidend hohen Aktienanteil für sich behielt.“ (Larischová, 1998, 10). Als Ergebnis existierte eine nicht genügend durchsichtige Kreuzstruktur der Inhaberbeziehungen mit nicht ganz klaren Folgen für die Effektivität der *property rights*. Die Interessen der kleinen Aktionäre wurden vom Gesetz sehr wenig abgesichert. „Durch die Voucherprivatisierung ging somit ein Gutteil der Firmen vom Staatseigentum in das Eigentum staatlich dominierter Banken über.“ (Larischová, 1998, 10f.)

In der unklaren rechtlichen Lage sind dann in den letzten Jahren viele der Investment-Fonds und Banken „untertunnelt“ worden, d.h. ihre finanzielle Substanz ist teilweise oder z.T. ganz verschwunden. Es erstaunt kaum, daß in dieser Atmosphäre Korruption, Bestechung (um an wichtige Informationen oder Positionen zu kommen) und die Durchdringung des Staatsapparates mit verschiedenen mafiösen und kriminellen Gruppierungen floriert. Gut bezahlte, gut informierte und geschickte Juristen können „Löcher“ in der Gesetzgebung zugunsten ihrer reichen Klienten oder ihrer Klienten mit guten Kontakten ausnützen. Auch dadurch entstand das Phänomen „Untertunnelung“. Die Privatisierer nützen hoch- bzw. überbezahlte Manager und Steuerberater aus, um ihren Betrug und ihre Verstöße gegen die geltenden Gesetze zu verdecken. Man muß sogar sagen, daß sich die tschechische Rechte in mehreren Fragen irrte und viele Erwartungen enttäuschte.

### Kritik am Privatisierungsablauf aus den Reihen der Koalition

Es ist vielleicht symptomatisch für die politische Szene in Tschechien, daß Ivan Pilip (bis November 1997 Finanzminister, ODS), erst in dem Moment, als er bereit war, seinen Ministerposten zu verlassen, die Lage zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Privatisierungsgesetze wie folgt charakterisierte: „Es hat sich an uns gerächt,

daß jene, die die Privatisierung organisierten, immer den Juristen ein paar Schritte voraus waren und daß man die Hinweise der Auslandsexperten auf die Risiken, die die Redistribution von Eigentum immer mit sich bringt, zurückgewiesen hat. (...) Jetzt bleiben wir alle hinter der aggressiven Klasse der neuen Inhaber zurück, die die Regeln, die woanders in der Welt gelten, nicht respektieren. (...) Verschuldet durch eine unvollkommene Legislative, wird es nach der ‘Untertunnelung’ der Fonds zur aktiven ‘Untertunnelung’ der Aktiengesellschaften kommen“ (Pilip, 1997). Pilip kritisiert auch den Ablauf der „Kuponprivatisierung“: „Es sind mehrere Fälle bekannt, in denen sich einzelne Personen oder ganze Gruppen bereichert oder beträchtlichen finanziellen Profit zu Lasten anderer Bürger gemacht haben“ (Pilip, 1997). Ivan Pilip mußte das bittere Ende dieser Politik schließlich selbst anerkennen. Leider zu spät sagte er: „Die Wirtschaft war immer einen Schritt voraus.“ Auch in der liberalen Presse war die Kritik sehr scharf: „Die verdächtigen Bankiers werden von Spitzenadvokaten verteidigt, die sich im Strafrecht und Wirtschaftsrecht besser auskennen, als die Polizisten selbst.“ (Lidové noviny, 17.1.1998).

Doch diese Kritik hat einst Premierminister Václav Klaus zurückgewiesen. In der Zeit, als er noch im Amt war, verteidigte er den „spezifisch tschechischen Privatisierungsweg“, der ihm zufolge „nicht anders und prinzipiell nicht viel besser hätte ablaufen können.“ (V. Klaus, 1997, 29). Anfängliche Fehler wurden von der regierenden konservativen Regierung übersehen und häufig ignoriert. Doch Petr Pithart, tschechischer Premierminister bis 1992 und heute Präsident des Senats des Parlaments, führt die Probleme auf die erste Phase der Transformation zurück. „Zu diesem Zeitpunkt habe es der konservativen Regierung Klaus an der politischen Bereitschaft gemangelt, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß einzig solides Auslandskapital die Reformen voranbringt.“ (Müller, 1997, 1)

Es ist richtig, daß die Redewendung von der „Flucht der Ökonomen vor den Juristen“ in Tschechien zum geflügelten Wort geworden ist. „So wurde 1993 eine Gesetzesbestimmung beschlossen, derzufolge Entscheidungen bezüglich der Privatisierung sowohl von der Kontrolle durch Verwaltungsorgane als auch von der Überprüfung durch das Justizwesen ausgenommen sind. Spekulationen, welche politische Absichten dahinter gestanden haben könnten, wirken heute auf die Bevölkerung demoralisierend. Die primär ökonomisch orientierten Reformer haben die ethische Dimension der Transformation zu wenig beachtet.“ (Larischová, 1998, 12).

### Kritik von Seiten der Opposition

Die uneinige Opposition (Sozialdemokraten, Kommunisten) konnte gegen diese Erscheinungen praktisch nichts Wirksames unternehmen. Die SPR-RSČ (die Vereinigung für die Republik, Republikanische Partei der Tschechoslowakei) – ihrem Selbstverständnis nach eine Rechtspartei – trat zwar häufig mit harscher Kritik hervor, doch

kann man nicht sagen, daß sie irgendwelche Alternativkonzepte hatte.

Dagegen legten die kommunistischen Abgeordneten V. Pilip und K. Vymětal eine Gesetzesnovelle vor, derzufolge man bei der Entscheidungsfindung über eine Privatisierung streng gemäß der Verwaltungsordnung vorgehen sollte und die die Möglichkeit vorsah, gegen die getroffene Entscheidung vor Gericht zu klagen. Schon während der Verabschiedung des Gesetzes über die „große Privatisierung“ im Jahre 1991 hatten kommunistische Abgeordnete die Möglichkeit der gerichtlichen Überprüfung verlangt. Damals konnte sich die Regierungskoalition mit ihrem Bemühen durchsetzen, schnell, massenhaft und ohne „Verzögerung“ zu privatisieren. (Haló noviny, 4.3.1998, 3).

### Skandale und Affären

Als sich die Wirtschaftslage in Tschechien verschlechterte, trugen unzählige Privatisierungsskandale zum Rückgang des politischen Vertrauens der Gesellschaft in das tschechische Parlament und speziell in die Regierung bei. Nach den Wahlen 1996 hat das Vertrauen sehr schnell abgenommen. Die Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik und mit der daraus resultierenden wirtschaftlichen Lage erreichte im Herbst 1997 ihren Höhepunkt.

Acht Jahre nach der „samtenen Revolution“ häuften sich in Tschechien politische und ökonomische Affären. Ende Juli 1997 vermeldete Augustin Hrbotický, Vorsitzender der Regierungskommission gegen die Wirtschaftskriminalität, 550 kriminelle Fälle seit Anfang 1997. Bei jedem dieser Fälle überstieg die Betrugssumme 100 Mio. Kč (Uhl, 1997). Selbst wenn wir diese Untergrenze für unsere Berechnungen heranziehen, läßt sich die Summe des in diesem Zeitraum veruntreuten Geldes auf ca. 60 Mrd. Kč beziffern. Möglich ist, daß in der Realität bis zu 100 Mrd. Kč durch „Untertunnelung“ abgezweigt wurden, was ca. einem Sechstel des jährlichen tschechischen Staatsbudgets entspricht.

Da die Privatisierung gleichsam das Schlüsselement der Transformation war, konzentrierte sich hier auch die Mehrheit der Betrugsdelikte, Skandale und Affären. Das Phänomen „Untertunnelung“ läßt sich gerade dieser Kategorie zuordnen, und daher werden wir uns damit ein bißchen genauer beschäftigen. Die folgende Auswahl von konkreten Betrugsdelikten, Skandalen und Affären wurde anhand von Presseinformationen, der Budování států (Jahrgänge 1992–1996) und Politika v České republice 1997–1998 zusammengestellt.

#### *Finanzdelikte, Steuer- und Zollbetrug*

– Eine der „ältesten großen“ Affären stellt die sog. ostböhmische „Rum“-Affäre dar. (Urteilsspruch vom 22.9.1995 durch das Bezirksgericht in Ostrava). Bis heute sind viele Details unklar. Der Verlust an Steuereinnahmen betrug mind. 60 Mio. Kč.

– Betrügerischer Verkauf von „leichtem Heizöl“: Verkauf als Dieselöl, wobei der Gewinn mehr als 8 Kč für einen Liter betrug. (Ein Liter Heizöl kostet 5,60 Kč, ein Liter Diesel 15,60 Kč). Die Regierung hatte erst im März 1994 einen Gesetzesentwurf über die Kennzeichnung von Heizöl vorgelegt. Dieses Gesetz wurde in der Presse scharf kritisiert, so daß sich die Verabschiedung um ca. zwei Jahre verzögerte.

– Zigarettenschmuggel, gefälschte Etiketten.

– Kreditní a průmyslová banka (Kredit- und Industriebank), seit September 1993 unter Zwangsverwaltung, da die Bank Schulden in Höhe von 3,5 Mrd. Kč nicht zurückgezahlt hat. Der Direktor dieser Bank gründete eine neue Bank, um seine Firmen zu finanzieren. Er hat von der Kreditní a průmyslová banka mehr als 3 Mrd. Kč geliehen. Außerdem gewährte er der politischen Partei ODA einen Kredit in Höhe von 52 Mio. Kč (Budování států, 1995, 1, 10). Die Kreditní a průmyslová banka ist die erste tschechische Bank, die Konkurs anmelden mußte. Später folgten noch die Banken Bohemia, AB Banka Mladá Boleslav, Česká banka, První slezská banka und andere.

– Česká banka (Tschechische Bank): Auf ca. 15.000 Konten wurden ca. 2 Mrd. Kč aufbewahrt. Die Bank gewährte allerdings Kredite in Höhe von über 7 Mrd. Kč.

– Kreditní banka Plzeň (Kreditbank Pilsen): Im Jahr 1995 machte sie Verluste in Höhe von ca. 12 Mrd. Kč. Später ging sie in den Besitz der Česká pojišťovna (Tschechische Versicherungsanstalt) über.

Die tschechischen Banken konnten im Jahr 1996 „unrealisierbare Guthaben“ in Höhe von acht Mrd. Kč abschreiben, 1997 waren es schon ca. 15 Mrd. Kč. Die Verlustanleihen der tschechischen Banken machten 1996 222 Mrd. Kč aus (von insgesamt 887 Mrd. Kč Kreditsumme). Das höchste Risiko war im Handel, der Gastwirtschaft und dem Hotelgewerbe zu verzeichnen. Der Fond národního majetku (Nationaler Eigentumsfond) ermittelte Ende 1996 ca. 360 der Nichtzahler mit einer Schuld von insgesamt ca. 5 Mrd. Kč (Budování států, 1996, 12, 8). Der Anteil der Risikokredite wuchs dennoch auf ca. 380 Mrd. Kč im folgenden Jahr. Das entsprach schon einem Anteil von ca. 30% aller Kredite in der ČR. Nur die Komerční banka hat 1997 gerichtlich eine Summe von 30 Mrd. Kč eingetrieben. Sie erreichte es, im Rahmen der 69 Konkurse wenigstens 175 Mio. Kč zurückzubekommen (Politika v ČR, 1998, 2, 43f.).

Gemäß den Kommentaren in der tschechischen Presse wurden manche Banken von ihren Aktionären nur deswegen gegründet, um einfach an Kredite zu kommen und dann die finanziellen Mittel nicht zurückzuzahlen (Budování států, 1996, 7, 6). Der Staat sanierte die maroden Banken mit einer Summe von ca. 160 Mrd. Kč, die er im Rahmen der Privatisierung erworben hatte.

#### *Privatisierungs- und Restitutionsbetrug*

– Prefa Ústí n. L: Die Firma AMCZECH hat sich im September 1991 für den Kauf dieser Firma 458 Mio. Kč von

tschechischen Banken geliehen. Sie gründete die Tochter AG Eurocast. Die Gewinne der Firma und die Gelder, die durch den Verkauf des Firmeneigentums erworben wurden, verschwanden im Ausland. Es blieben nur Schulden.

– Alexander Komanický schuldet der bankrotten Česká banka 1,3 Mrd. Kč (April 1996).

– Die Intercom GmbH von Vratislav Čekan schuldet dem Nationalen Eigentumsfond mehr als 400 Mio. Kč incl. Zinsen (März 1996). Bis Juli 1998 ist diese Sache nicht geklärt und Herr Čekan betont, daß er gar nicht schuldig sei. Er privatisiere die Firma „Elektroodbyt“. Die Polizei kann Čekan angeblich nicht festnehmen, weil er nur die Unvollkommenheit des Handelsvertrages ausgenutzt hat (Budování států, 1996, 3, 9).

– Poldi Kladno. Das ganze Eigentum der überverschuldeten Firma Poldi Ocel, incl. ihrer Schutzmarke „Poldi“ (Preis 2,7 Mrd. Kč), hat der neue Inhaber, Architekt Stehlík, im Oktober 1996 in eine neue AG überführt. Zu dieser Zeit betrug der Unterschied zwischen dem Guthaben und den Verpflichtungen der Kladno Eisenhütte 3,6 Mrd. Kč. Anfangs, als Stehlík Poldi privatisierte, betrug die Differenz nur 0,353 Mrd. Kč. (Budování států, 1996, 3, 9). Die Komerční banka gewährte Stehlíks Poldi Kladno insgesamt einen Kredit von 4 Mrd. Kč. Der Aussage des ehemaligen Vorsitzenden des Nationalen Eigentumsfonds, J. Skalický, zufolge, war der größte Fehler bei der Privatisierung von Poldi Kladno der öffentliche Wettbewerb. Stehlík konnte diesen gewinnen, weil er die größte Summe geboten hat. Allerdings hat niemand untersucht, ob er über die finanziellen und professionellen Voraussetzungen verfügt (Budování států, 1996, 2, 11f.). Später stand Stehlík mit seinem Sohn vor Gericht. Die Firma wurde unter Zwangsverwaltung gestellt. Bis heute ist der große Fabrikkomplex mit Stahlwerk, Kontigießerei und modern ausgestattetem Walzwerk praktisch außer Betrieb. Dies genau in der Zeit, in der die Nachfrage wächst!

Als weitere Fälle sonderbarer Privatisierung können Crystalex, Léčiva, Trinecké železářny, SPT Telecom, Becherovka und viele andere angeführt werden. (Lidové noviny, 1998, 29, 11.)

In Tschechien sind bis Oktober 1996 insgesamt 26 Personen verhaftet worden, denen Bankbetrug zur Last gelegt wird. Allein diese Personen haben in den Jahren 1992–1994 große nicht gesicherte Kredite in einer Höhe von fünf bis 450 Mio. Kč erhalten. Dabei hatten „die Schuldner nicht (...) die Absicht, die Kredite zurückzahlen“ (Budování států, 1996, 10, 10).

### *Privatisierungs- und Investmentfonds*

– Fond TREND Hradec Králové: Das Finanzministerium hat 1996 für diesen Fond die Zwangsverwaltung angeordnet. Der Verwalter hat nach der ersten Prüfung festgestellt, daß die Verordnung berechtigt war. TREND hat 1995 ca. 1,2 Mrd. Kč verwaltet. Davon ist der Großteil mittlerweile verschwunden (Budování států, 1996, 12, 9).

Das Finanzministerium hat bis Januar 1997 insgesamt 18 Investmentfonds die Genehmigung entzogen, in andere hat es Zwangsverwalter eingesetzt (Politika v ČR, 1997, 1, 28). Das zentrale Problem der Investmentfonds ist, daß sie geschlossen und deswegen undurchsichtig sind. Im Ausland sind solche Fonds meistens offen. „Was die Beziehung der Fonds mit den Unternehmen anbetrifft, so setzen sie weiter die bürokratische und uneffiziente Aufsicht fort, welche die Staatsorgane früher ausübten.“ (Budování států, 1994, 1, 10f.). Das Finanzministerium hat erst am 10.11.1997 eine Novelle für das Gesetz über die Investmentfonds- und Gesellschaften vorgelegt. Diese sollte der „Untertunnelung“ der Fonds ein Ende bereiten (Politika v ČR, 1997, 4, 46). Die Novelle wurde im April 1998 im tschechischen Abgeordnetenhaus verabschiedet und bildet damit den Abschluß der Kuponprivatisierung (Politika v ČR, 1998, 2, 43f.).

### **Das Phänomen Korruption**

Korruption ist gewiß eine Erscheinung, die nicht nur für den Ablauf der Transformationsprozesse in den postsozialistischen Ländern Ostmitteleuropas typisch ist. Noch weiter verbreitet ist Korruption in den postsowjetischen Staaten, in Rußland, der Ukraine usw. Dabei stellt sich die Frage, ob Korruption ein temporäres Phänomen der aktuellen gesamtgesellschaftlichen Veränderungen ist oder ob die „Nach-November-Gesellschaft“ diese Erscheinung lediglich als ein längst bestehendes Verhaltensmuster förderte und belebte.

Daß Korruption wirklich blüht und gedeiht, weiß jeder tschechische Unternehmer. Die Bilanz der Regierung Klaus Ende 1997 zeigt, daß die Antikorruptionspolitik dieser Regierungskoalition passiv und erfolglos war, ja, daß sie sogar die Entfaltung eines für Wirtschaftskriminalität günstigen Milieus ermöglichte. „Die öffentliche Meinung zog folgerichtig den Schluß, daß dies kein Zufall war. Dabei werden diese Vermutungen durch zahlreiche Enthüllungen ‘schwarzer’ Parteikassen bestätigt. Erst in jüngster Zeit finden vereinzelte Kämpfer gegen die Korruption systematische politische Unterstützung.“ (Vrba, 1998)

Auf die größeren Zusammenhänge der Korruption in der Tschechischen Republik verweisen in ihrer Analyse für 1997 der Vizepräsident des Obersten Kontrollamtes Václav Peřich und dessen Projektassistent Quentin Reed. Solange der Schwarzmarkt funktioniert, der auf dem Handel mit un versteuerten Waren basiert, können weder legaler Markt noch öffentliche Verwaltung ihre natürliche Regulationsfunktion erfüllen. Ein Teil der gesellschaftlichen Transaktionen spielt sich nämlich versteckt ab und ist für Hersteller, Händler und Kunden gleichermaßen vorteilhaft. So entsteht ein ideales Korruptionsmilieu. Bestechungen selbst sind für beide Seiten vorteilhaft, deshalb hat keine von beiden Seiten Interesse an einer Aufdeckung. Die gültigen Gesetze machen zudem keinen Unterschied zwischen „Opfer“ – also demjenigen, der

das Bestechungsgeld gibt – und „Täter“. Das ist der zweite Grund zu schweigen. Ist die Öffentlichkeit wenigstens ein bißchen für finanzielle Bestechungen anfällig, empfindet sie die Gewährung verschiedener Dienstleistungen als völlig normal.

Am gefährlichsten ist die Korruption von Richtern und Polizisten. Einer wartet monatelang auf die Eintragung seiner Firma ins Handelsregister, ein anderer nur Minuten. Viele Patienten meinen, daß ihre Gesundheit oder gar ihr Leben ernsthaft bedroht seien, wenn sie nicht „schmierten“. In der Armee sind öffentliche Aufträge wie überall sonst ausgeschrieben – allerdings geht es hier nicht um Beträge in Millionen-, sondern in Milliardenhöhe. In der letzten Zeit mußten viele Ausschreibungen eingestellt werden – was soll der gewöhnliche Steuerzahler davon denken?

### Finanzskandale der politischen Parteien

Nach und nach haben Finanzaffären mit verschiedener Intensität alle Parteien der Regierungskoalition belastet. Am Anfang war die ODA (die bürgerlich-demokratische Allianz) betroffen, die die meisten „Sponsoren“ hatte. Jährlich hat die ODA (mit nur ca. 2.000 Mitgliedern) Parteispenden in Höhe von ca. 50 Millionen Kč erhalten.

Tab. 2: Finanzierung der politischen Parteien 1996 (in Mio Kč)

	ODS	ODA	KDU-ČS	ČSSD	KSČM	SPR-RSČ
Einnahmen insges.	275,05	99,83	104,67	182,79	131,49	56,06
vom Staat	201,02	46,68	57,42	170,74	68,39	55,57
Mitgliederbeiträge	9,46	0,58	17,77	2,22	34,33	0,21
Parteispenden	43,49	52,09	9,43	0,69	–	0,15
Ausgaben insges.	268,98	100,65	95,08	193,22	85,05	44,95
Gewinn/Verluste						
Schulden	+0,68	-0,8	+6,80	+10,39	+46,0	+11,11
(und Kredite)	41,41	51,86	45,17	9,06	0,14	0

(Financování, 1997, 2)

### Die Kulmination der politischen Krise und ihre Lösung?

Die langfristigen Spannungen innerhalb der Regierungskoalition (Kritik von Seiten der Christdemokraten) wie auch die zunehmenden Konflikte innerhalb der mächtigsten Regierungspartei, ODS, die bis zur Spaltung dieser Partei geführt haben, waren auch die Ursachen für den Rücktritt der gesamten Regierung. Anlaß für den Fall der Koalitionsregierung war die Enthüllung unklarer Parteispenden an die ODS. Symptomatisch für die politische Kultur in Tschechien ist der Auftritt der beiden schärfsten internen Kritiker von Premierminister Klaus, Innenminister Jan Ruml (ODS) und Finanzminister Ivan Pilip (ODS), zum Zeitpunkt, als dieser sich gerade in Sarajevo aufhielt.

Der tschechische Premierminister Václav Klaus ist in der Nacht vom 29. auf den 30.11.1997 zurückgetreten. Zugleich legten die acht Minister seiner Demokratischen Bürgerpartei ihre Ämter nieder. Zuvor hatten sowohl die Christliche Volkspartei (KDU-ČSL) als auch die Demo-

kratische Bürgerallianz (ODA) die Dreierkoalition verlassen und ihre Kabinettsmitglieder abgezogen.

Anlaß waren schwere Vorwürfe gegen Klaus, von einer vertuschten Spendenaffäre und einem geheimen Konto seiner Partei in der Schweiz gewußt zu haben. Unterdessen wies Havel den Vorstoß von Miloš Zeman, dem Chef der ČSSD, für sofortige Neuwahlen zurück. Ein Wahlkampf würde das Land für ein halbes Jahr lähmen, so die Begründung. Außerdem betrachte er den Fall Klaus als Groteske: Es gehe um einige Millionen Kronen in einem Land, in dem Milliarden gestohlen wurden. Politiker hätten jedoch für ihre Lügen zu büßen.

Klaus stürzte, weil sich eine Spende in Höhe von 420.000 DM für die ODS, deren „Absender“ nicht ermittelbar war, als Bestechungsversuch entpuppte. Besagter „Sponsor“, der ehemalige tschechische Tennisstar und heutige Topmanager Milan Šrejber hatte das Geld schon 1995 an die ODS überwiesen. Mit dem Geld hatten Investoren offenbar erfolgreich versucht, den Zuschlag für ein privatisiertes mährisches Stahlwerk (Třinec) zu erhalten. Außerdem wurde ein ODS-Geheimkonto in der Schweiz entdeckt, auf das ausländische Interessengruppen umgerechnet 8,8 Mio. DM überwiesen hatten. Klaus kündigte an, die ODS werde die Spendensumme auf das Konto für die tschechischen Hochwasseropfer überweisen. Klaus bestreitet – im Gegensatz zu einigen Parteifreunden – von diesem Konto gewußt zu haben. Dennoch kündigte er an, keiner neuen Regierung mehr angehören zu wollen.<sup>5</sup>

### Nach den Parlamentswahlen 1998

Nach einer Zwischenperiode, als ein Team von „Halbbeamten“ unter Josef Tošovský regierte, kam es 1998 zu Neuwahlen. Die Ergebnisse sind für Beobachter mehr als erstaunlich. Die ODS ist wiederauferstanden wie ein Phoenix aus der Asche. Sie ist mit einem Stimmenanteil von 27,7% der Stimmen der wirkliche Sieger der Wahlen. Die Sozialdemokraten, obwohl sie 32,1% der Stimme enthielten und nun die stärkste politische Partei im tschechischen Abgeordnetenhaus sind, erreichten einen „Pyrrhussieg“. Werden sie trotzdem fähig sein, eine stabile Regierung zu bilden und die Wirtschaft in Bewegung zu bringen, Korruption, Skandale, Affären zu minimalisieren und die Gesellschaft zu beruhigen? Das sind Fragen an die Entwicklung der nächsten Monate, die schwer zu beantworten sind.

*Dr. Emil Voráček ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Tschechischen Akademie der Wissenschaften in Prag.*

### Literatur

Heinz Bude (1993), Das Ende einer tragischen Gesellschaft, in: H. Joas/M. Kohli (Hg.), Der Zusammenbruch der DDR, Berlin, S. 267–281.

Český (1996), Český statistický úřad, Česká národní banka, Výroční zpráva 1996.

Financování politických stran v České republice v roce 1996 (1997), in: *Právo*, 4.4.1997, S. 2.

Carl Joachim Friedrich/Zbigniew Brzezinski (1957), *Totalitäre Diktatur*, Stuttgart.

Michael Frank (1997), *Das Ende nach der Wende*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 1.12.1997, Nr. 276, Ausg. F, S.4.

Petr Husák (1997), *Budování kapitalismu v Čechách. Rozhovory s Tomášem Ježkem*, Volvox Globator, Praha.

Ralph Jessen (1995), *Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 21, S. 96–110.

Václav Klaus (1997), *Privatizace nemohla být jiná*, in: *Hospodářské noviny*, 29.4.1997.

Oskar Krejčí (1998), *Povaha dnešní krize*, East Publishing, Praha.

Kristina Larischová (1998), *Mythos oder Misere? Das „tschechische Modell“ der Transformation*, in: *Internationale Politik*, 6, 8–14.

Pavel Machonin (1993), *The Social Structure of Soviet-Type Societies. Its Collapse and Legacy*, in: *Czech Sociological Review*, 1, 2, S. 231–249.

Ivo Možný (1991), *Proč tak snadno ... Někteří rodinné důvody sametové revoluce*, Praha.

Uwe Müller (1997), *Vertrauenskrise der Konservativen*, in: *Prager Zeitung*, Nr.19. (9.–15.5.).

Vojtěch Šimíček (ed.) (1998), *Financování politických stran v České republice. Pracovní studie, sešit č. 2*, Brno.

Petr Uhl (1997), *Vytunelovaná důvěra*, in: *Právo*, 21.9.1997.

Tomáš Vrba (1998), *Ein tolerierter Diebstahl korrumpiert die öffentliche Meinung. Korruption in der tschechischen Gesellschaft*, in: *Prager Zeitung*, Nr.19, S.16. (Übernommen aus: *Nová přítomnost*, Nr. 3, 1998).

Zpráva (1997), *Zpráva o lidském rozvoji. Česká republika 1997*, Sociologický ústav AV ČR Praha.

Zpráva (1998), *Zpráva o stavu české společnosti po šesti letech vládnutí liberálně-konzervativních stran. „Modrá kniha“ (analyticko-kritický pohled na dosavadní vývoj ČR)*. Nadace F. Eberta, odborné komise ČSSD, Praha.

<sup>1</sup> Bis 1992 Abgeordneter für die ODS; ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der ODS, zurückgetreten wegen einer Affäre.

<sup>2</sup> Der frühere Dissident, Schriftsteller und Dichter Milan Uhde (ODS) war von Juni 1992 bis Juni 1996 Präsident des Abgeordnetenhauses im tschechischen Parlament.

<sup>3</sup> Milan Uhde in TV NOVA, „Sieben Tage mit Nova“, in: *Právo*, 25.3.1996.

<sup>4</sup> Schon die Mitbegründer der Totalitarismustheorie, C. J. Friedrich und Z. Brzezinski (1957, 214), sprachen von der Familie, der Kirche, der Wissenschaft und dem Militär als „Inseln der Absonderung“, deren Beteiligung freilich „nicht innerhalb, sondern jenseits des Systems“ lag.

<sup>5</sup> Spendenaffäre beendet Ära Klaus in Prag, in: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 276, F, 1.12.1997, S.1.